

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinsten Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 3 Mk. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindefonds-Konto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsgespaltene Petitzeile 50 Pf., außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Eingelände und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 22

Donnerstag den 27. Januar 1921

87. Jahrgang

Die über Dippoldiswalde, Glashütte, Cunnersdorf, Hausdorf, Reinhardtgrünna, Schlottwitz, Hirschbach, Luehan, Wittgondorf, Salda, Gombson, Kreische, Lungwitz, Quohren, Wendischbarsdorf, Hermsdorf b. D., Reinberg, Oberhäslich, Malter, Reinholdshain, Elend, Ober- und Niederfraundorf, Ueberndorf, Oberearsdorf, Dönschten, Falkenhain, Johnsbach, Bärenstein, Börneben b. L., Dittorsdorf, Rökenhain, Neudörfel, Berthelsdorf, Döbra, Waltersdorf, Honnersbach, Börnersdorf und Breitzan verhängte Handsperrung wird mit Wirkung vom 28. Januar 1921 aufgehoben.

Die Bekanntmachungen vom 9. 9. und 24. 11. 1920 treten außer Kraft.
Nr. 169 a/GII 48. Amtshauptmannschaft und Stadtrat Dippoldiswalde, am 25. Januar 1921.

Griech

ist von allen Nähermittelbezugsberechtigten in den folgenden Verkaufsstellen abzuholen.
Stadtrat Dippoldiswalde.

Vertilches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Auf öffentliche Einladung des hiesigen Stadtrats hatte sich am Dienstag eine große Anzahl Männer im Rathauslaale eingefunden. Herr Bürgermeister Herrmann begrüßte die Anwesenden und erteilte den Herren Stadtbauinspektor Stierls—Dresden und Ingenieur Hähnig—Cögmansdorf das Wort zu ihren Vorträgen. An der Hand eines großen, leicht übersichtlichen Gesamtbauplanes für Dippoldiswalde gab Herr Stierls allgemeine Richtlinien für neuzeitliche Bauanordnungen. Hauptächlich müsse dabei die Entwicklungsmöglichkeit ins Auge gefaßt werden. Weiter wichtig seien die Fragen: Welche Verkehrsstraßen sind schon vorhanden, und welche sind noch anzulegen nötig, dann welche sind als Wohnstraßen gedacht? Von Bedeutung ist es ebenso, daß das Gelände reiflos aufgeschlossen und der Grund und Boden vorteilhaft ausgenutzt werde. Es sei zu empfehlen, den Bauplan nicht bedächtig festlegen zu lassen, sondern nur als 2. Stütze zu betrachten, um der Baukommission auf etwaigen Wunsch der Bauunternehmer zu Änderungen freie Hand zu geben. Redner wendete sich auch gegen die soziale Anordnung, wie er es ausdrücklich bezeichnete, besondere Villenviertel, getrennt von den sogenannten Arbeiterwohnungen anzulegen, sondern trat mehr für die gemischten Wohnungsverhältnisse ein. (Ob dies die rauhe Wirklichkeit immer zuläßt, können wir hier nicht entscheiden.) Als Verschönerung bezeichnete er die Anlegung allgärtlicher Straßen. Es genüge, wenn 2 bis 4 Normallinien Breite Platz haben. Nachdem Herr Stierls schon anfangs seines Vortrags Herrn Baummeister Fritsch für sachgemäße Unterstützung gedankt hatte, gab er seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Bürgerchaft unserer Stadt überall, wo sie hincombe, nur von ihrem alten lieben, guten „Dippol sprachen“, denn das sei die beste Empfehlung für die Entwicklung eines Ortes. Mit dieser freundlichen Hochachtung hatte sich Herr Stierls die Herzen aller Dippolter gewonnen. Nachdem noch einige Anfragen beantwortet worden waren, begann Herr Hähnig mit Besprechung von Diagrammen seinen Vortrag über die Heizungsanlagen. Nach kurzer Erklärung des Wärmebegriffs und der Wärmeleiter kam er auf die üblichen Heizungen durch Ofen und die Sammelheizungen zu sprechen (Ranal, Luft, Dampf, Heizwasser und Fernheizungen). Wenn diese oft unzuverlässig funktionieren, so hänge dies teils von der falschen Anlage, teils von der ungenügenden Lage des Schornsteines, teils auch von der Windrichtung und vom Wetter ab. Um die Ränge über trodene Luft bei der Zentralheizung zu vermeiden, müsse auf häufige Befeuchtung des Staubes und auf gute Lüftung geachtet werden. Um die Abwärme aus dem Kaminofen auszunutzen, empfahl Redner Apparate zur Temperierung der Zentralheizungsanlage in der Mälerichule vorhergegangen, bei der sich verschiedene Mängel herausgestellt hatten. Herr Bürgermeister Herrmann dankte den beiden Herren für ihre anregenden Vorträge und gab der Hoffnung Ausdruck, für die Stadt Mittel der produktiven Erweiterungsfürsorge verschaffen zu können.

Dippoldiswalde. Wie erwartet, erfreute sich der gestrige Vortragsabend des Gewerbevereins eines guten Besuchs. Und das, was Herr Oberleutnant Heintze bot, war ihm wert und bewies, daß Berlin tatsächlich ein interessantes, für uns Wendländer sogar ein sehr interessantes Land ist, in jeder Hinsicht anders, als die Heimat. Redner behandelte kurz die geographische Lage Berlins und seinen Handel — der, sowohl Deutschland in Frage kommt, zum Beweisen gehört, wenigstens auf lange Jahre hinaus —, wie; wie England das Beste an sich gerissen hat, und machte dann mit uns eine Karawane — Eisenbahnen gibt es in Berlin nicht — vom Meere über das hohe Rand-

gebirge ins Innere — interessant, aber gefährlich der Wegeverhältnisse wegen —, schilderte Klima, Vegetation und Tierwelt dieser Gegend; die nach unseren Begriffen unfassbar primitive Arbeitsweise des Landwirts — Bewässerung, Feldbestellung und Ernte wie vor tausend und mehr Jahren —; die berührten Städte mit ihren engen Straßen — das Haus des Orientalen hat nach der Straße kein Fenster, diese gehen vielmehr nach dem Inneren, dem Hof oder Garten —, mit Wochen und Bazar — dem ewigen Jahrmakel und Geschäftsviertel der perfischen Stadt — usw. usw. Hochinteressant sind Beobachtung und Sitte. Drei Viertel der streng aber auch sehr abergläubischen Bevölkerung sind Romaden, denen die vornehmsten Geschlechter angehören, mit oft recht ansehnlichen Viehherden. Die arische Abkunft verrät der Mann — große Figur, stolze Haltung —, während die Frau in Folge der Frühheirat — wie meist im Orient — mit 30 Jahren Großmutter und ihrem Aussehen nach ein verblühtes Weib ist. Wichtig schon ist die Tracht, nämlich die Stricktracht der Frau, während ihr Husoltam — deren Modell merkwürdigerweise das Berliner Ballet wurde — wenigstens bei vornehmen Beuten hübscher ist. Drei Viertel des perfischen Volkes sind Analphabeten. Durch zahlreiche Bildbilder — Originalaufnahmen, darin lag ihr besonderer Wert — wurde all das erläutert und noch vieles andere, so z. B. die Haartracht des Mannes mit der „Biebesode“, das Reisen des Persers mit seiner Frau in zwei von einem kräftigen Maultier getragenen Rasten, wie der Perser ist und seinen Sonntag (den Freitag) verbringt, wie er betet, die dem Perser und der Perserin unentbehrliche Wasserpfefle, die häßliche Bekleidung des Kindes, die Schule, den Geflüchten, den Derwisch, die barbarischen Straßen der Justiz usw. usw. — Alles muiet uns fremd an, und vieles ist anders, als wir es uns gedacht, aber gerade deshalb, wie wiederholt gesagt, interessant. Diesen lehrreichen Abend vermittelt zu haben, dafür gebührt Dank dem Gewerbeverein, wie die Zuhörer ihm dem Herrn Vortragenden reichlich gollten. Nicht aus Böhrern Zusammengefaßtes, sondern Selbstgesehenes, Selbst-erlebtes wurde geboten. Das ist das Wertvolle Unjomehr sie aber das etwas ängstliche Ankommen an das Mannskopf auf, wogegen die freie, Erörterung der Bilder gegen den Schluß recht angenehm abtand.

Dippoldiswalde. Tagesordnung zur 3. Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde Freitag den 28. Januar 1921, abends 8 Uhr. a) Öffentliche Sitzung: Mitteilung, Tagung des Sächsischen Provinzialparlamentes in dieser Stadt betr. — Wichtig prednung der 1919er Militärleistung, Feuerlösch und der Mälerichullastrechnung. — Vorlage, Verwendung eines von der Selbsthilffesvereinigung der deutschen Mälerer gestifteten Beitrages. — Beschaffung eines Doppelfensters für das Gschäftszimmer der Mälerichule. — Vorlage, Rechnungslegung für die Girokasse. — Wahl eines Gemeindefürsors. — Verlegung eines Teiles des Färchenweges. — b) Nichtöffentliche Sitzung.

Gebirgsverein. Unser Heimatmuseum, welches wohl richtiger den Namen Stadtmuseum tragen sollte, ist durch den Umbau des Rathauses und vergrößertet Rassen-Einrichtungen, Archio-Räume pp. obdachlos geworden. Durch die Güte der Justizbehörden haben wir vorübergehend im Erdgeschoß des Schlosses einen Raum angewiesen erhalten, bis es möglich ist, einen geeigneten Ort ausfindig zu machen, wo dasselbe wieder aufgestellt und dem Publikum zugänglich gemacht werden kann. Der jülgige Raum ist kalt, feucht, nach Norden gelegen, daher wenig beleuchtet, jedoch er für längere Zeit ungenügend ist und die Gegenstände verderben würden. Seit 1860, wo Dr. Theile hier lebte, ist fleißig gesammelt worden, der Gebirgsverein hat es sich seit seinem Bestehen angelegen sein lassen, neue Objekte, die für die Stadt von Interesse sind, dazu zu sammeln und zu erhalten.

Butter-Zuteilung.

Für die laufende Woche beträgt die auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung entfallende Fettration 50 g Butter.

Der Preis beträgt: für 50 g Butter: 1,35 M.

Nr. IV.

Kommunalverband Dippoldiswalde, am 25. Januar 1921.

Dem Sächsischen Justizministerium ist der Eisenbahnassistent i. R. Friedrich Richard Wunderlich in Johnsbach zum Friedensrichter für Johnsbach mit Bärensteine auf die Zeit bis zum 30. September 1923 an Stelle des verstorbenen Friedensrichters Dähne ernannt worden. Seine Verpflichtung hat am 13. Januar 1921 stattgefunden.
Zu V Reg. 3 b/21. Amtsgericht Dippoldiswalde, am 14. Januar 1921.

Freitag den 28. Januar 1921 abends 8 Uhr

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde

Tagesordnung hängt im Rathaus aus.

Wir erwähnen beispielsweise Stadtbilder vom Obererplatz mit Wellen-Säule und Rühiges Torhäuschen, den Marktplatz mit den 3 Häusern, wo gegenwärtig die Apotheke steht (also vor 1856), die alte Schule am Kirchplatz mit Pranger am Eingang der Rosengasse, die Stadtkirche mit dem Ausbau, die Knochenhäuschen an der Superintendentur, Rathaus mit Sammelbänke nebst den Bäckermeistern, Schulgäßchen mit dem ehemaligen Wollfabriken Turm (gegenüber Fleischer Wegler), Dippoldiswalder Töpferpielzeug, Alarmtrommel aus der Wache mit Dippoldswappen, Steg-Schneiders Brücke mit Röhler Bruno Schuppen, Ralender 1827 mit Ansicht des Brandes von 1826 und vieles andere. Jede Stadt hält auf ihre gesammelten Altertümer; es wäre schade, wenn diese Sachen zerstreut würden oder nach auswärts kämen, wenn also hier kein geeignetes Lokal gefunden würde. Der Gebirgsverein hält in den nächsten Tagen eine Vereinsversammlung ab, in welcher über den Fortbestand des Museums beschlossen werden soll. Der Vorsitzende wird an diesem Abend über ältere Zeiten in Dippoldiswalde sprechen, zu welchem auch Nichtmitglieder zum Erscheinen eingeladen sind, und es wäre zu wünschen, daß sich Mittel und Wege finden, unser Stadtmuseum auch für fernere Zeit in unserem Orte zu behalten.

Dresden. In der Dienstag-Sitzung gab der Landtag zunächst seiner Trauer und seinem Mitgefühl über das Grabungsglück in Delitzsch i. Ergg. Ausdruck. Der Ministerpräsident teilte mit, daß er aus dem Dispositionsfonds Mittel zur Unterstützung der Hinterbliebenen der Verunglückten angewiesen habe, und daß die Zahl der Todesopfer sich leider noch erheblich vermehrt habe. Festgestellt sei, daß es sich um eine reine Schlagwetter-Explosion gehandelt habe. — Hierauf wurden einige Sachen ohne besonderes öffentliches Interesse behandelt und dann in die Beratung eines Antrages der Demokraten, die Durchführung der Reichsverfassung und der Landesverfassung betreffend, eingetreten. Während die bürgerlichen Redner ihre Zustimmung zu dem Antrage begründeten und von der Regierung die sorgfältigste Beachtung der Bestimmungen der Reichsverfassung bei der Ausarbeitung neuer sächsischer Gesetze verlangten, stellten sowohl der Unterrichtsminister Fleischer als auch der Redner der Linksparteien den Antragstellern vor, daß sie ja, als sie noch in der Regierung saßen, Gelegenheit gehabt hätten, im Sinne dieses Antrages zu wirken. Der kommunistische Redner behauptete auch wieder diese Gelegenheit, um zu erklären, daß für seine Partei die Verfassung nichts als ein Stück Papier bedeute. — Der Antrag wurde einstimmig angenommen. — Nächste Sitzung Mittwoch Tagesordnung: Kurze Anfragen, Gebirgsverein für Kergle und Zahnärzte.

Wie verlautet, wird dem Landtage in nächster Zeit ein weiterer Nachtrags Etat zugehen, dessen Forderungen sich auf 400 bis 500 Millionen Mark belaufen werden. Trotzdem sollen immer noch rund 500 Millionen Mark an ungedeckten Ausgaben übrig bleiben, u. a. die durch die Nebennahme der Schullasten auf den Staat entstandenen außerordentlich hohen Aufwendungen.

Burgstädt. Eine bemerkenswerte Tatsache ist im Fundament in Burgstädt zu verzeichnen. Während nach der Revolution fast anderthalb Jahre hindurch nahezu keine Fundamente abgegeben, sehr viel aber nach verloren gegangenen Sachen gefragt wurde, ist hier erst kürzlich eine Verwendung eingetreten. Allein im laufenden Monat sind bereits zehn Geld- und Briefschaften abgeliefert worden, auch solche mit erheblichen Geldbeträgen. — Hoffen wir, daß Burgstädt in dieser Beziehung nicht allein in Deutschland das Beste ist.

Schlettau. Herzingefallen ist eine fleißige Familie, die von einem hauerer Rognal kaufte. Die vollständig ordnungsgemäß verschlossenen und etikettierten Originalpackungen enthielten nämlich schwarzen Kaffee.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 25. Januar.

Das Strafverfahren gegen Erzberger.

Nach Erledigung der kleinen Anfragen berichtet Abg. Kahl (D. Sp.) über das Schreiben des Reichsministers des Innern, in dem den Genehmigung zur Strafverfolgung Erzbergers wegen Verletzung der Eidespflicht nachgesucht wird, zur Sprache. Der Berichterstatter macht Mitteilung davon, daß Erzberger in einem Schreiben vom 14. Dezember selbst den Reichstag dringend ersucht habe, die Genehmigung der Strafverfolgung zu erteilen, damit er sich von den gegen ihn erhobenen Vorwürfen reinigen könne.

Nach längerer Debatte beschließt der Reichstag entgegen der bisherigen Gepflogenheit mit großer Mehrheit, die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Erzberger zu erteilen.

Der Etat der Justizverwaltung.

Hieraus wird die Beratung des Justizetats, die bereits gestern mit einer scharfen Angriffsrede des kommunisten Nemmele eingeleitet worden war, fortgesetzt. Mit der Etatsberatung wird ein Antrag der Sozialdemokraten verbunden, vierteljährliche Leberlisten über die vom Reichsgericht erledigten Fälle über die Aburteilung von Kriegsverbrechen vorzulegen.

Reichsjustizminister Dr. Heineke weist in einer längeren Rede die mannigfachen Angriffe zurück, die in der letzten Zeit gegen die Richter und Gerichte erhoben werden. Einzelne objektive Fehlsprüche können vorkommen. Deswegen kann aber nicht die ganze Justiz verdammt werden. Die Verfolgung der sogenannten Kriegsverbrecher stößt auf ungeahnte Schwierigkeiten. Notwendig ist die Widersprüche zwischen den Aussagen der Ententezeugen und der Beschuldigten durch erneute Beweisaufnahmen aufzuklären. Auch darf der Oberreichsanwalt den Schutz, auf den die Beschuldigten Anspruch haben, nicht vernachlässigen. In der Flensburger Angelegenheit ist das Ermittlungsverfahren gegen die Polizeibeamten eingeleitet worden. Gegen den General Ludendorff hat sich kein Verdachtsmoment wegen Beteiligung am Kapp-Zuzug ergeben. Auf das Geständnis des Majors Klinge hin ist das Ermittlungsverfahren gegen Oberleutnant Vogel und die anderen Beteiligten eingeleitet worden.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Der erste Konferenztag in Paris.

Die Beratungen der Pariser Alliertenkongressen haben am Montag ihren Anfang genommen. An den Verhandlungen nehmen nur die Chefs der Delegationen teil: Briand für Frankreich, Lloyd George und Curzon für England, Graf Sforza für Italien, Außenminister Jasper für Belgien und Baron Zsh für Japan. Es wurde vereinbart, die Sachverständigen je nach Bedarf bei den Fragen zu berufen, bei denen sie ihre Ansicht zum Ausdruck bringen sollen.

Die Frage der Entwaffnung Deutschlands wurde zuerst erörtert. Als technische Beiräte wurden alsdann in den Saal eingeführt, für Frankreich Kriegsminister Barthou, Marschall Foch, begleitet von den Generalen Wehmann und Rollet, für England Marschall Wilson und General Bingham, für Belgien General Magliuse und für Italien General Marietti.

Fochs neun Punkte.

Marschall Foch sagte die Feststellungen des Berichtes des interalliierten militärischen Ausschusses von Versailles vom 13. Dezember 1920 zusammen und setzte alsdann die augenblickliche Lage Deutschlands hinsichtlich seiner Truppen und ihrer Bewaffnung auseinander. Nach einer Sondermeldung der Japansagentur hat Foch in dem Bericht in neun einzeln aufgeführten Punkten Feststellungen über die von der deutschen Regierung angeblich noch nicht erfüllte Forderungen gemacht. Foch will, daß die Entwaffnung bis zum 1. Mai gefordert werde.

Offene Gegenätze in der Entwaffnungsfrage.

Im Anschluß an den Bericht Fochs kam es zu scharfen Kontroversen zwischen der französischen und der englischen Delegation. Lloyd George verhehlte seine Abneigung gegen die von Foch empfohlenen Zwangsmassnahmen nicht und machte wiederholt ironische Zwischenrufe. Vor allem rief die Erwähnung der Besetzung des Ruhrgebietes seine Bemerkungen hervor.

Lloyd George erklärte, daß Deutschland sich seiner Verpflichtungen in der Abrüstungsfrage vollkommen entledigt habe. Deutschland sei jetzt nicht fähig, irgend einen ernstlichen Angriff gegen die Alliierten zu unternehmen. Die innere und äußere bolschewistische Gefahr dürfe nicht vernachlässigt werden, und Deutschland könne nicht ohne Verteidigungsmittel bleiben. Bayern widersteht sich den Anordnungen von Berlin, weil seine öffentliche Meinung Schutz und Sicherheit fordert. Ist es gerecht, so fragt Lloyd George, daß ganz Deutschland und besonders die Bevölkerung des Ruhrgebietes für Fehler bestraft werden, die in München begangen wurden? Und der Zeitpunkt des 1. Mai, den Marschall Foch fordert, ist er nicht jener Zeitpunkt, wo Unternehmungen der Roten Armee am meisten zu fürchten sind?

Die Situation wurde noch kritischer, als auch der britische General Bingham die Angaben Fochs über die versteckten Waffen in Zweifel zog.

Lloyd George gab auch seiner Meinung dafür Ausdruck, daß man den Vorschlägen der militärischen Sachverständigen nicht in vollem Umfange folgen könne und daß es besser wäre, noch einmal zu der Methode von Spa zurückzukehren, nämlich die Deutschen zur Konferenz in Paris zuzuziehen. Wenn die alliierten Minister sie angehört hätten, könne man eher zwischen dem Möglichen und Unmöglichen entscheiden.

Die Ententegegner sollen beraten...

Briand widersetzte sich aber energisch diesem unerwarteten Vorschlag. Durch Vermittelung des Italiener Graf Sforza einigte man sich schließlich dahin, daß die militärischen Sachverständigen unter dem Vorsitz Marschall Fochs die Maßnahmen festlegen sollen, die Deutschland zur völligen Ausführung der Friedensvertragsklauseln über die Entwaffnung durchzuführen soll.

Die genauen Ergebnisse sind noch nicht bekannt, doch darf man mit Sicherheit annehmen, daß die Aufhebung der Einwohnerwehren beschlossen werden wird. Die Alliierten werden der deutschen Reichsregierung voraussichtlich einen neuen, aber letzten Termin in bewilligen, innerhalb dessen die Entwaffnung der Einwohnerwehren unbedingt durchgeführt werden muß. Ferner dürften Strafmaßnahmen politischer wie auch militärischer Natur in Aussicht genommen werden.

Der Bericht der Sachverständigen soll dann der Konferenz vorgelegt werden, die dann die endgültigen Beschlüsse fassen wird.

Seine Vertreter Deutschlands auf der Konferenz?

Entgegen anderslautenden Gerüchten stellt der Pariser „Temps“ entschieden in Abrede, daß deutsche Vertreter zur Konferenz zugelassen werden sollen. Allerdings sei es möglich, daß die Alliierten es als notwendig betrachten, eine spätere Begegnung allierter und deutscher Vertreter herbeizuführen, um Deutschland die Beschlüsse der Konferenz über die Entschädigungsfrage bekannt zu geben.

Die Meldung des „Temps“ mag augenblicklich an und für sich richtig sein, bemerkenswert ist jedoch immerhin, daß Lloyd George und auch Graf Sforza die Hinzuziehung deutscher Sachverständiger nach der Methode von Spa angeregt haben und vielleicht auch jetzt noch beabsichtigen.

Der „Temps“ glaubt ferner zu wissen, daß nach Erledigung der Entwaffnungsfrage die Frage der deutschen Kohlenlieferungen zur Behandlung kommen werde. Dann werde vielleicht die Orientierung erledigt und erst nachher das Reparationsproblem. Wahrscheinlich werde die Konferenz bis Ende dieser Woche dauern.

Die deutschen Reparationslieferungen.

Was die Entente bisher erhalten haben will.

Die Kommission für die Wiederherstellungen veröffentlichte eine Liste über die bisherigen Wiedergutmachungsleistungen Deutschlands bis zum 31. Dezember vor. J., d. h. während des ersten Jahres seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages von Versailles.

Als Entschädigung lieferte Deutschland demnach ab:

- 17 818 840 Tonnen Kohlen,
- 19 000 Tonnen schwefelhaltiges Ammoniak,
- 2 034 729 Bruttotonnen Schiffsraum,
- 38 730 Tonnen Winenschiffahrtsmaterial,
- 360 000 Stück Vieh,
- 6 802 558 Kilo Siamerzenn,
- 10 787 827 Kilo Farbstoffe,
- 57 823 Kilo pharmazeutische Produkte,
- 4 571 Lokomotiven,
- 129 555 Waggons,
- 140 000 Tonnen festes Eisenbahnmateriale,
- 5 000 Lastkraftwagen,
- 131 505 landwirtschaftliche Maschinen und Geräte,
- 15 Unterseekabel.

Nach Aufzählung der Mengen erklärt die Kommission, daß die Zahl, die Deutschland für sich bezüglich der Anzahlung auf die 20 Milliarden Goldmark, die es laut Artikel 235 des Friedensvertrages zu zahlen hat, vergrößert, den wirklichen Wert ansehnlich übersteigert. Die hauptsächlichsten Werte, bei denen eine Unsicherheit oder Abweichung vorliegt, sind die öffentlichen Besitztümer in den abgetretenen Gebieten, die Schiffe, das Saargebiet, das von den Deutschen nach dem 11. November 1918 aufgegebenes Material, ein Teil der Kohlen.

Reichsminister Simons über die Wiedergutmachung.

Bei der Beratung des Haushaltsplanes des auswärtigen Amtes im Hauptausschuß des Reichstages gab der Reichsminister Dr. Simons einen Überblick über die bisherigen Verhandlungen und die Gründe, die für ein Eingehen auf den Vorschlag einer Festsetzung von Annuitäten für fünf Jahre maßgebend gewesen sind. Er betont, daß wir auf die Festsetzung der Gesamtschuldsumme, die Deutschland nach dem Friedensvertrage bis zum 1. Mai ds. Jz. erwarten dürfe, nur verzichten können, wenn wir uns vorher mit den Gegnern über die Erleichterungen der uns auferlegten Last verständigt haben, über die wir in Brüssel zu verhandeln begannen. Kommt es nicht zu einer Verständigung über die bekannten Voraussetzungen unserer Leistungsfähigkeit und über die Methode der Leistung, so muß es bei der Festsetzung der Gesamtschuld zum 1. Mai sein Bewenden haben, da die deutsche Regierung ein unbilliges Diktat einer unerfüllbaren Verpflichtung vorziehen würde.

Auf der anderen Seite dürfe die Regierung nichts veräumen, was der Zusammenarbeit mit den bisherigen Gegnern zur gemeinsamen Wiederherstellung der europäischen Finanz- und Wirtschaftskraft dienlich sein könnte. Sie müsse ebenso wie ihre Gegner sich durchdringen lassen von dem Bewußtsein der Interessensolidarität.

An die Oberschlesier!

Ein Mahnruf in letzter Stunde.

Die „Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier“ haben folgenden Aufruf erlassen:

„Die Frist zur Eintragung in die Stimmliste läuft in den nächsten Tagen ab. Elle tut not! Wer seine Photographie noch nicht beschafft und seinen Stimmantrag noch nicht vollzogen hat, wende sich sofort an die nächste Ortsgruppe der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, falls er nicht bereits bestimmte Anweisung erhalten hat, die peinlich befolgt werden muß. Jetzt muß vor allem zunächst das Stimmrecht gesichert werden. Wer die Frist veräußert, gibt sein Stimmrecht preis und übt damit Verrat am Vaterlande!“

Wichtige Bestimmungen für Reichsoberschlesier.

Die Regierungskommission in Oppeln hat folgende

für die Abstimmung wichtigen Entscheidungen getroffen, die den beiden Vertretern des deutschen und polnischen Plebiszittkommissariats mitgeteilt worden sind und die sie zur Veröffentlichung ermächtigen:

1. Alle Abstimmungsberechtigten der Kategorie 3 (gebürtige, aber nicht ansässige Personen) erhalten von dem paritätischen Ausschuss eine Benachrichtigung, ob sie in die Stimmlisten eingetragen sind oder nicht, und zwar durch die Post gegen Rückschein.

2. Für die Schreibweise der Namen wird am besten die auf der Geburtsurkunde gewählt. Im übrigen sollen die paritätischen Ausschüsse in dieser Frage entgegenkommend sein. Es ist ausreichend, wenn durch die Schreibweise der Klänge des Namens wiedergegeben wird.

3. In dem Antrag auf Eintragung in die Stimmliste (Kategorie 3 Anlage 1 der Vorchrift) ist unter Nr. 18 anzugeben das Datum, an dem der Abstimmungsberechtigte seinen Wohnort in Oberschlesien verlassen hat. Eine ungefähre Angabe des Zeitpunktes genügt, wenn eine genaue Angabe nicht möglich ist.

4. Der Plebiszittendienst ist damit einverstanden, daß die Anträge der Abstimmungsgäste durch die Organisationen des deutschen und polnischen Plebiszittkommissariats den paritätischen Ausschüssen übermittelt werden.

Vorbereitung für die Abstimmung.

Aus Schlesien wird unter dem 21. Januar berichtet, daß für die Beförderung der im Reich wohnenden abstimmungsberechtigten Oberschlesier, von denen sich bisher 216 000 gemeldet haben, welche Zahl sich aber noch erheblich vermehren dürfte, bereits die Vorbereitungen bis in alle Einzelheiten getroffen sind. Nieder- und Mittelschlesien werden etwa zweihundert Sonderzüge für die Abstimmungsberechtigten in Schlesien stellen. Für jedes Bedürfnis, auch das der gebrechlichen Personen, ist gesorgt. Sämtliche schlesischen Eisenbahnstationen werden als Versorgungs- und ärztliche Stappenorte eingerichtet. In Breslau, dem Hauptdurchgangsort für die Abstimmung, stehen sämtliche Schulen und Säle, sowie jede verfügbar: Gelegenheit zu Massenquartieren zur Verfügung.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 26. Januar 1921.

Der neue italienische Botschafter in Berlin, Graf Satti, ist in Berlin eingetroffen. Voraussichtlich am Freitag dürfte Botschafter Grassati dem Reichspräsidenten Ober sein Beglaubigungsschreiben überreichen.

Im Ruhrrevier hat erneut eine rege Werbetätigkeit für den Sechsstundentag im Bergbau eingesetzt.

:: **Kriegsanleihe und Reichsnoteopfer.** Bei der Weiterberatung des Entwurfes zum Reichsnoteopfergesetz gab Reichsfinanzminister Dr. Wirth hinsichtlich der Annahme von selbstgezeichneten Kriegsanleihen eine entgegenkommende Erklärung ab. Auf dem Verordnungswege soll bestimmt werden, daß bis zu einem Monat nach Zustellung des vorläufigen Steuerbescheides die nachweislich selbst gezeichneten Stücke der Kriegsanleihe zum Kennwert in Zahlung genommen werden. Für an Abstammlinge gesendete Kriegsanleihe soll diese Vergünstigung bei Zahlung des Reichsnoteopfers nicht eintreten. An Stelle der zu viel hinterlegten Kriegsanleihestücke Barmittel auszugeben, konnte der Minister nicht zugeben; es müsse genügen, daß etwa zu viel hinterlegte Stücke wieder zurückgegeben würden.

:: **Das Ergebnis der Berliner Kirchenwahlen.** Vorläufiges Gesamtergebnis der Kirchenwahlen in den Berliner Stadtdistrikten einschließlich Charlottenburg, Schöneberg und Treptow: dreizehn Kirchengemeinden haben in ihren Vertretungskörperschaften eine liberale, neunzehn eine positive Mehrheit, vierzehn haben ganz positive Vertretungen. In zehn Gemeinden sind die Vertretungen auf Grund von Einheitslisten gewählt, deren parteimäßige Zusammensetzung nicht bekannt ist. Aus sechzehn Gemeinden fehlt das Ergebnis noch. Das evangelische Konsistorium der Provinz Brandenburg hat den Oberpräsidenten der Provinz gebeten, die Wahl des keiner christlichen Kirche angehörigen Hamburger Volksschullehrers Paulsen zum Oberstadtschulrat von Berlin nicht zu bestätigen.

:: **Der Bund nach rechts in Lippe.** Bei den Wahlen zum Lippeischen Landtag wurden abgegeben für die Deutschnationalen 17 600 Stimmen. (Bei den letzten Reichstagswahlen 18 000.) Für die Deutsche Volkspartei 15 200 (18 000), für die Demokraten 8800 (8600) für den Gewerkschaftsbund 4400, für die Mehrheitssozialdemokraten 25 400 (23 000), für die Unabhängigen 2400 (8000), für die Kommunisten 3400. — Nach diesem Ergebnis ist die bisher im Lippeischen Landtag bestehende sozialistische Mehrheit gebrochen. Von 21 Abgeordneten entfallen auf die Sozialdemokraten 7, die Demokraten 2, die Deutschnationalen 5, die Volkspartei 4, die Gewerkschaften 1, die Kommunisten 1. Die Unabhängigen gehen ohne Mandat aus. Sie haben ihre Stimmen größtenteils an die Kommunisten verloren, 1 Mandat steht noch aus, bis die Ergebnisse der brieflichen Wahl, die zum ersten Male in Deutschland durch Lippe eingeführt ist, bekanntgegeben werden.

Ententegenfall in Königsberg.

Nach der „Ostpreussischen Zeitung“ kam es in Königsberg zu einem peinlichen Vorfall, der noch durch eine Untersuchung geklärt werden muß. Der Ententekommission war mitgeteilt worden, daß in einem militärischen Gebäude der Festung Königsberg sich noch Waffen in großer Anzahl befänden, die seinerzeit nicht ausgeliefert worden seien. Englische und französische Offiziere begaben sich mit dem deutschen Verbindungs-offizier nach dem Gebäude. Da der Schlüssel nicht zur Stelle war, schlugen die Franzosen trotz des Einspruchs des deutschen Offiziers das Tor mit der Art ein, Untersuchung an. Das dort vorgefundene Heeresgut durchsuchten die Räumte, erklärten das vorgefundene Gerät für beschlagnahmefähig und kündigten eine gehobte der Entlassungsabteilung des Reichsfinanzministeriums, konnte also nicht mehr beschlagnahmt werden, weil es ordnungsmäßig gemeldet war.

Rundschau im Auslande.

Das spanische Ministerium Dato ist zurückgetreten.

Rußland: Aufruhr in der Sowjetmarine.
 Wie die Londoner „Morningpost“ aus Helsingfors berichtet, ist der russische Hafen Kronstadt in der Hand aufständischer Matrosen. Der bolschewistische Oberkommandierende der Ostseeflotte wurde von den kuffländischen Gefangenen genommen. Die Verschönerung der Matrosen gegen die Sowjetregierung hat auch größtenteils auf die Ostseeflotte übergriffen. Petersburg wurde, weil es bedroht erscheint, von der Sowjetregierung in den verstärkten Belagerungszustand versetzt. In Kiew ist eine starke Bewegung gegen die Bolschewisten im Gange. Ein großer Teil der Eisenbahnarbeiter hat sich mit den aufständischen Soldaten der ukrainischen Armee vereinigt. Die Kommissare der Bolschewisten sind geflohen.

Türkei: Griechenniederlage in Kleinasien.
 Nach der Radio-Agentur sollen die Truppen des türkischen Nationalführers Mustafa Kemal Pascha dem griechischen Heer bei Antakya eine schwere Niederlage beigebracht haben. Man spricht von 2000 Toten und Verwundeten. Nach der „Chicago Tribune“ sollen 3000 Flüchtlinge bereits in Konstantinopel angekommen sein. Nach einer Meldung der „Information“ begünne der Sieg Mustafa Kemal Paschas trotz der strengen Zensur der Engländer auf die öffentliche Meinung in Konstantinopel einen großen Einfluß auszuüben.

Die deutschen Forstbestände.

Aus dem Brüsseler Fragebogen.
 Die französische Delegation auf der Brüsseler Konferenz hat sich u. a. auch nach der gegenwärtigen Lage der deutschen Forstbewirtschaftung erkundigt und um Aufklärung darüber gebeten, ob die Ausbeutung der Wälder noch intensiver gestaltet werden kann und in welcher Weise das geschehen könnte. In der deutschen Antwort wird die Gesamtfläche der deutschen Wälder im Jahre 1913/14 auf 14,2 Millionen Hektar geschätzt.

Auf dieser früheren Gesamtwaldfläche belief sich der Holz einschlag im Wirtschaftsjahr 1912 auf 47,8 Millionen Hektometer Dersholz, worunter etwa drei Fünftel Nadelholz und zwei Fünftel Brennholz. Infolge des Friedensvertrages sollen die Wälder des Deutschen Reichs eine Verringerung von 14,2 Millionen Hektar auf etwa 12,7 Millionen Hektar erleiden. Der normale Jahreseinschlag der Gesamtheit der deutschen Wälder kann infolgedessen für die nächsten Jahrzehnte nur auf 40 Millionen Hektometer Dersholz geschätzt werden.

Die Voraussetzungen für eine Erhöhung des Jahreseinschlages auf dem Wege „intensiver“ Bewirtschaftung im Sinne der gestellten Unterfrage sind nach Ansicht der deutschen Regierung nicht gegeben. Schon jetzt wird der jährliche Gesamtwachstum der Wälder Deutschlands durch die Gesamtnutzung reich erfaßt. In einigen Ländern sogar überschritten. In Fällen letzterer Art, mußte bereits eine Herabsetzung der Jahreseinschläge in Aussicht genommen werden. Eine Erhöhung des Jahreseinschlages würde einen Eingriff in das Holzvorkapital der deutschen Wälder bedeuten und im Laufe der Jahre nicht eine Erhöhung, vielmehr eine Senkung der Waldrente zur Folge haben müssen.

Das neue Wehrgesetz.

Der Entwurf des Reichswehrministeriums.
 Der Entwurf des neuen Wehrgesetzes liegt nunmehr im Wortlaut vor. An Stelle der allgemeinen Wehrpflicht tritt durch das Wehrgesetz ein Reichsheer, das hunderttausend Mann, einschließlich viertausend Offiziere, und die Reichsmarine, die fünfzehntausend Mann, einschließlich 1500 Offiziere und Deckoffiziere, umfaßt; hierzu 300 Sanitäts- und 200 Veterinär-Offiziere.

Das Heer besteht aus 21 Infanterieregimentern, 18 Reiterregimentern und 7 selbständigen Eskadrons, 7 Artillerieregimentern, 3 selbständigen Artillerie-Abteilungen, 7 Pionierbataillonen, 7 Nachrichtenabteilungen, 7 Kraftfahrzeugabteilungen, 7 Fahrzeugabteilungen und 7 Sanitätsabteilungen. Hieraus werden zwei Gruppenkommandos, zwei Divisionen und drei Reiterdivisoren gebildet.

Die Reichsmarine besteht aus den Marineschiffen zur See und zu Lande. Die Flotte wird gebildet aus sechs Linienschiffen, sechs kleinen Kreuzern, zwölf Zerstörern und zwölf Torpedobooten.

In den einzelnen Ländern können Landeskommandanten bestellt werden. Diese haben neben ihren sonstigen Dienstobliegenheiten die Landesinteressen und insbesondere die landsmannschaftliche Eigenart und die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Länder zu berücksichtigen. Der Landeskommandant in Bayern ist zugleich Befehlshaber des bayerischen Heeresverbandes.

Die Verpflichtung als Soldat währt zwölf Jahre, doch können die Verpflichteten bei besonderen Verhältnissen noch über diesen Zeitpunkt durch das Reichsministerium im Dienst zurückgehalten werden. Während der Dienstzeit soll eine vorbereitende Ausbildung für den Uebergang in bürgerliche Berufe gewährt werden. Jedem Angehörigen stehen die höchsten Stellen im Heere offen. Der Offizierberuf ist Lebensberuf.

Verbot der politischen Betätigung.

Besondere Beachtung verdienen die Paragraphen 32 und 33, in denen über die politische Betätigung Befehle sind: Die Angehörigen der Wehrmacht dürfen sich innerhalb des Dienstbereiches nicht politisch betätigen. Den Soldaten ist die Angehörigkeit zu politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen verboten.

Für die Soldaten ruht das Recht zum Wählen oder zur Teilnahme an Abstimmungen im Reich oder in den Gemeinden. Nichtpolitischen Vereinen dürfen die Soldaten angehören, insofern nicht die Zugehörigkeit aus Gründen der militärischen Disziplin und Ordnung verboten wird. Die Soldaten eines Standortes, eines Truppenabteiles, der Besatzung eines Schiffes oder eines Schiffverbandes dürfen sich untereinander mit Genehmigung der Vorgesetzten versammeln und vereinigen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Versammlung oder Vereinigung ausschließlich wissenschaftlichen, Wohlfahrts- oder Unterhaltungszwecken dienen und die militärische Ordnung nicht gefährdet wird.

Das Militärstrafgesetzbuch vom 20. Juni 1882 wird dahin geändert, daß die Befehung in die zweite Klasse des Soldatenstandes durch die Entlassung ersetzt wird.

Die Vorlage ist jetzt dem Reichstag zugegangen, nachdem sie vom Reichsrat erledigt und auch vom Reichskabinet nochmals genehmigt worden ist. Der Entwurf hat auch der militärischen Kontrollkommission der Entente vorgelegen.

Gerichtssaal.

Vogel's Begnadigung abgelehnt. Die dritte Strafkammer des Berliner Landgerichts II hatte die Begnadigung des Oberleutnants Kurt Vogel ausgesprochen, der wegen seiner Beteiligung an den Vorgängen, die zur Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs am 15. Januar 1919 führten, vom Kriegsgericht zu zwei Jahren und vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Jetzt hat der Strafsenat des Kammergerichts auf die Beschwerde der Staatsanwaltschaft den Beschluß der Strafkammer aufgehoben. Diese Entscheidung ist endgültig. Es verbleibt also bei dem Urteil des Kriegsgerichts. Oberleutnant Vogel ist bekanntlich kurz nach seiner Verurteilung nach Holland geflüchtet.

Verurteilung eines schwarzen Wüßlings. Während der Befehung von Frankfurt a. M. durch die Franzosen war eine Frau von einem schwarzen Soldaten vergewaltigt worden. Jetzt, nach acht Monaten, bringt der Polizeipräsident zur Kenntnis, daß das Auswärtige Amt in Berlin von der französischen Regierung die Mitteilung erhalten hat, daß der Täter, ein marokkanischer Schälke, zu zehn Jahren Zwangsarbeit und Degradation verurteilt worden ist.

Volkswirtschaftliches.

Seuchenbekämpfung in Deutschland. Dem Reichstage ist jetzt eine Nachweisung über den Stand der Viehseuchen am 31. Dezember 1920 zugegangen, die bemerkenswerte Feststellungen enthält. Am verbreitetsten ist danach immer noch die Maul- und Klauenseuche. Von ihr waren 873 Kreise, 16.268 Gemeinden und 83.004 Gehöfte betroffen, davon neu 1236 Gemeinden und 8597 Gehöfte. Künftig am stärksten war sie über Oberbayern verbreitet, wo 29 Kreise darunter zu sehen hatten. Auch in der Großstadt Berlin waren 191 Gehöfte verzeichnet. Die Schweine-seuche und Schweinepest hatte sich in 100 Kreisen und in 176 Gemeinden und 206 Gehöften eingestellt. Die Räude der Einhufer in 406 Kreisen mit insgesamt 1464 Gemeinden und 1954 Gehöften. Die Ross-Krautflecke war in 29 Kreisen mit 88 Gemeinden und 87 Gehöften zu finden und zwar in den preussischen Regierungsbezirken Königsberg (Preußen), Gumbinnen, Marienwerder, Berlin, Potsdam, Köslin, Breslau, Pommern, Danzow und Stettin, ferner in Posen und Westpreußen, im baltischen Donaukreise, im baltischen Bezirk Konstantin, in Hamburg und in Lippe. Die Lungenseuche war in zwei Kreisen in zwei Gemeinden und zwei Gehöften festzustellen und zwar in den Gemeinden Prenzlau und Templin des Bezirks Potsdam. Die Pocken-seuche war nirgends zu finden, die Besenstiege in 10 Kreisen mit 68 Gemeinden und 130 Gehöften. Trotz der größten Schwierigkeiten konnte die Seuchenbekämpfung mit Erfolg durchgeführt werden.

Reichsgräfin Gisela.

Namen von E. Meißner.
(46. Fortsetzung.)

Sie schob sanft lächelnd, während Tränen in ihren Augen funkelten, die kleine Hand durch das Gitter der Danklehne und hielt sie ihm hin — er sah es nicht, er hatte das Gesicht in beiden Händen vergraben. Als sie wieder niedersank, war sein Gesicht so fahl und blutlos, daß es aus dem dunklen Gebüsch fast gespensterhaft hervorleuchtete; aber es trug auch wieder das frühere feste Gepräge einer finsternen Entschlossenheit.

„Gräfin, seien Sie hart gegen mich!“ sagte er ruhiger. „Nicht diese holde Sanftmut — ich kann sie nicht ertragen. ... Das, was ich unter allen Umständen tun muß, erscheint ihr gegenüber nur um so teuflicher. Ich habe Sie vorher vor einem unvermeidlichen Blis gewarnt — ich kann ihn nicht von Ihrem Haupte abwenden, aber ich will auch nicht, daß er Sie unvorbereitet, unter allen jenen Gesichtern dort trifft. ... Kehren Sie nach Greinsfeld zurück. ... Geben Sie und vergessen Sie mich, der ich verurteilt war. Ihren Weg auf eine so furchtbare Weise zu kreuzen ... Und nun leben Sie wohl — für alle Zeiten!“

Sie sprang auf. „Geben Sie nicht!“ rief sie. „Ich kann nicht hart sein ... Ich will mit Ihnen sterben, wenn es sein muß.“

Bei diesen herzergrütternden Tönen wandte er sich um. Mit einer fast wilden Gebärde streckte er die Arme nach ihr aus, als wolle er sie in der Tat erfassen und in sein einjames Haus retten; aber auch ebenso schnell ließ er die Arme wieder sinken. Gleich darauf war er im Gebüsch verschwunden.

28. Kapitel.

Das lange, rauschende, endlos scheinende Musikstück schloß mit einigen schmetternden Akkorden. Man verließ die gepflünderten Plätze: auch der Fürst erhob sich und schritt in Begleitung des Ministers über die Wiese.

„Mein Herr von Oliveira,“ sagte er sehr heiter zu dem Portugiesen, der plötzlich in seiner Nähe zwischen zwei Eichen hervortrat. „Sie erscheinen sehr pünktlich; aber scheitern muß ich Sie doch, daß Sie meinen vortrefflichen Champagner nicht besser zu würdigen wissen — ich habe Sie nicht unter meinen Gästen gesehen. ... Ist Ihnen aber?“ ... Sie schenken leicht, fast möchte ich sagen erregt aus, wenn es nicht widersinnig wäre, sich einen Herkules, wie Sie, nervenschüttelt zu denken.“

Ein Windstoß fuhr in diesem Augenblick rauschend schend durch die Eichenblätter und bog die Flammen der Fackeln tief seitwärts. „Ach, es scheint wahrhaftig Ernst zu werden!“ rief der Fürst verdrücklich. „Ich werde Sie wohl bitten müssen, lieber Baron, mir für den Rest des Festes Ihren Saal einzuräumen: die jungen Leute dürfen doch nicht um ihren Tanz kommen!“

Der Minister vertief sofort einen Lafaien zu sich und schickte ihn mit den nötigen Befehlen nach dem weißen Schlosse.

„Ein halbes Stündchen Zeit wird uns ja wohl der Hegerin in den Rüsten noch lassen,“ meinte der Fürst lächelnd zu den Damen, die sich um ihn scharten. „Ich bin der Ansicht, daß die Erzählung des Herrn von Oliveira inmitten der Waldlände und unter drohenden Wetterwolken weit mehr pikanten Reiz erhalten wird, als im wohlgeschützten Ballsaale — Sie haben das Wort, Herr von Oliveira!“

Der Fürst ließ sich unweit der Wüste des Fürsten Heinrich nieder. Mit vielem Geräusch und abermals laut aufbrauender Fröhlichkeit wurden Stühle und Bänke herbeigetragen: ein weiter Kreis bildete sich um den Fürsten — noch einige Minuten schwirrten die Stimmen durcheinander, rauschten die Seidenröben und klapperten die zusammenrüttelnden Stühle — dann wurde es plötzlich so erwartungsvoll still, daß man das Knistern der Fackel hören konnte.

Der Portugiese hatte sich mit verschränkten Armen an die Reibuhne gelehnt, welche die Wüste des Prinzen Heinrich beschattete. Die unruhigen Lichter spielten über sein Gesicht hin — es schien vollkommen unbewegt, wenn auch noch eine tiefe Blässe auf seinen braunen Wangen lag.

In diesem Moment erhob sich auch Gisela: sie schritt unbemerkt am Saum des Waldes hin und blieb neben einem mit Gehäusen beladenen Tisch stehen, auf dem noch der Kasten mit Olivras Juwelen stand. ... Obgleich sie lautlos unter den, einen tiefen Schatten werfender Bäumen hingelitten war — der Portugiese hatte sie doch gesehen. Er konnte eine tiefe Bewegung in seinen Zügen nicht ganz verbergen: ein heiser, angstvoll bitender Blick flog zu ihr hinüber. Sie lächelte ihn zu und stützte die Hand fest auf den Tisch — das süß lächelnd, die ganze Gestalt mit dem hochgetragenen Haupt war besetzt von dem Gedanken: „Was kommen was da will! Ich bin stark und mutig und halte unerschütterlich zu dir, den ich liebe!“

Oliveira wandte sein Gesicht von ihr weg; dann hob er mit lauter, fester Stimme an: Der Mann, von dem ich erzähle, war ein Deutscher. Er hat mir die seltsame Geschichte mitgeteilt, und ich will ich reden lassen:

Kleine Nachrichten.

Der berühmte Professor der Anatomie Wilhelm von Waldeyer ist in seinem 86. Lebensjahre in Berlin gestorben.

Im Jahre 1920 mußten im Eisenbahndirektionsbezirk Magdeburg 77 Beamte und 208 Eisenbahnarbeiter wegen Disziplinarverstoßes und ähnlicher Vergehen strafweise entlassen werden.

In Köln haben sich die „Bünde der Arbeiterkreise“ zu einem Reichsverbande zusammengeschlossen.

Letzte Nachrichten.

Die Verteilung einer amerikanischen Riesenspende.

Berlin, 25. Jan. Der Deutsche Zentralausschuß für die Auslandshilfe hat in der letzten Sitzung seines Arbeitsausschusses einen Verteilungsplan für eine Riesenspende des amerikanischen Roien Kreuzes genehmigt, deren Wert auf etwa 20 Millionen Mark veranschlagt werden kann. Es handelt sich um rund eine halbe Million Ellen Flanell und zahlreiche Rissen mit Unterzeug, Kleidern, Garn und Flanellstücken. Durch diesen Verteilungsplan ist dafür Sorge getragen, daß derjenige Teil der Sendung, der von den Spendern nicht an bestimmte Adressen angegeben worden ist, aber das ganze Deutsche Reich nach Maßgabe der Notlage unter Berücksichtigung der Wohlstandsverhältnisse derjenigen Kommunalverbände bedacht werden konnten. — Im Freistaat Sachsen wurden bedacht: Freiberg, Plauen, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Glauchau, Auerbach, Dresden, Zwickau, Annaberg, Marienberg, Bayreuth, Sornau, Schwarzenberg, Pirna, Stolberg und Dippoldiswalde. Die Stadt Dresden soll größere Zuwendungen aus einer nächstens zu erwartenden holländischen Spende erhalten.

Die österreichische Volksabstimmung über den Anschluß.

Wien, 25. Jan. Wie das „Neue Tagblatt“ erfährt, hat die Bundesregierung der Entente-Kommission ihre Absicht mitgeteilt, am 2. März in Opatowitz die Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland vorzunehmen. In Wien und Opatowitz haben am 17. Jan. Sonn- und gewaltige Volksversammlungen sich erneut für den Anschluß ausgesprochen. In Graz wurde beschlossen, bei längerer Verweigerung der Abstimmung durch die Bundesregierung den Anschluß Stetsmals an das Deutsche Reich selbständig auszusprechen.

Sachliches.

Dresden. Wie der Union-Sachdienst meldet, hat das Grubenunglück bei Opatowitz bisher bereits 52 Tote gefordert. Bei zwei Schwerverletzten ist es fraglich, ob sie noch gerettet werden können. Das Personal des Opatowitz-Hospitals mit den Verletzten arbeiten seit 36 Stunden ununterbrochen mit Sauerstoffpumpen, allein es war ihnen trotz abermündlicher Anstrengungen nicht möglich, die meisten der an Gasergiftung Verletzten am Leben zu erhalten. Finanzminister Heiß hat mit den Betriebsräten des Kongers-Deutschland und der Vertreter der Berg-Inspektoren, der Werkleitungen und des Bergarbeiterverbandes eine lange Besprechung über die Ursache des Unglücks. Genaueres konnte bisher nicht festgestellt werden, denn die Beteiligten sind sämtlich verstorben. Die Untersuchung der Bergbehörden nimmt ihren Fortgang.

Bischofswerda. Einmütig abgelehnt haben die städtischen Ratsmitglieder die Behauptung des Steuersekretärs Kommer. Der Stadtrat erwidert in ihr eine unlogische Steuerliche Belastung und hat darum bisher von ihr abgesehen. Neuerdings soll aber wieder einmal ein Zwang ausgeübt werden durch die Bestimmung, daß nur die Gemeinden, die alle ihre Steuern zahlen reichlich haben, Zuschüsse aus dem Ausgleichsfonds erhalten. Reich An. aber die Zuschüsse Reich An. aber diese Zuschüsse für Bischofswerda ein in gerhart, daß die Beileue ung trotzdem abgelehnt wurde.

Beipzig Im Leipziger Stadtverordnetenkollegium wurde die Wiederwahl zweier Stadträte einige Schwierigkeiten. Die Wahlperioden des Stadtschulrats Dr. Wähling und des Stadtrats Dr. Reitel waren abgelaufen. Eine Wiederwahl gilt nach der Revidierten Städteordnung und dem Leipziger Ortsstatut auf Lebenszeit. Um diese Methode, die auch die neue Gemeindeverfassung nicht mehr kennen wird, zu umgehen, gleichwohl aber die Stadträte in ihren Kreisen zu halten, war mit den beiden eine ehrenwärtliche Verbindung vereinbart worden, daß sie nach weiteren 6 resp. 12 Dienstjahren sich einer etwaigen Neuwahl unterwerfen. Beide Herren haben dabei zur Bedingung gemacht, daß dann bei einer etwaigen Nichtwiederwahl ihre Pensionsansprüche nicht schlechter sein dürfen als wenn sie jetzt auf Lebenszeit gewählt würden. Und für die Berechnung dieser Pensionsansprüche bedingten sie sich die auch sonst übliche teilweise Ausrückung auswärts verbrachter Dienstzeit aus. Das wurde ihnen zum Teil gewährt und dann die Wiederwahl vollzogen. Für die Wiederwahl ergibt sich daraus die sonderbare Lage, daß sie wohl einen Rechtsanspruch auf lebenslängliche Anstellung besitzen, aber infolge ehrenwärtlicher Zustimmung nicht geltend machen sollen.

Im Kampfe gegen die Wohnungsnot.

Reich, Staat und Gemeinden sind nach Kräften bemüht, die brennende Wohnungsfrage einer Lösung entgegenzuführen. Welche Ergebnisse bisher erzielt worden sind, davon gibt eine amtliche Statistik über die Bauaktivität im Sommerhalbjahr 1920 ein wenn auch nicht erschöpfendes Bild. In ihr werden 28 Städte mit 50000 bis 100000 Einwohnern und 28 Städtchen mit 1000 bis 10000 Einwohnern verzeichnet. In diesen Städten wurden 3827 Wohnhäuser gebaut, von diesen sind 2225 Einfamilienhäuser. 645 haben je zwei, 146 je drei, 199 je vier und 601 mehr als vier Wohnungen. Bei 11 Wohnhäusern fehlt die Angabe. Durch Bauen (einschließlich Umbauen und Notwohnungen) sind in diesen 75 Berichtstädtchen 13678 Wohnungen mit 50730 Wohnräumen geschaffen worden. Das ist an sich zwar eine hohe Zahl, aber es kommen auf jede Stadt noch nicht 200 Wohnungen. Von den 3827 neuen Wohnhäusern sind 3054 durch gemeinnützige Bauaktivität entstanden. Sie wurden durch Zuschüsse ermöglicht.

Aus dem Freistaat Sachsen liegen dazu folgende Einzelberichte vor:

Chemnitz: Neu gebaut 155 Wohnhäuser mit zusammen 219 Wohnungen.

Dresden: Neu gebaut 52 Wohnhäuser mit zusammen 348 Wohnungen.

Beipzig: Neu gebaut 173 Häuser, darunter aber nur 39 Wohnhäuser mit 277 Wohnungen.

Blauen: Neu gebaut 3 Wohnhäuser; im ganzen wurden 40 neue Wohnungen geschaffen.

Zwickau: Neu gebaut 19 Wohnhäuser, im ganzen 125 Wohnungen.

Der 16-Stunden-Tag.

Aus Wien wird geschrieben: Kürzlich wies ein Industrievertreter darauf hin, daß in Deutschland zum großen Teile der 16 Stunden Tag bereits eingeführt sei. Darob große Aufregung in einem Teile der Arbeiterschaft. Im Verlaufe der Umfrage über den Preisabbau ist aber nachgewiesen worden, daß tatsächlich der 16 Stunden Tag eingeführt ist, und zwar in der Weise, daß eine große Zahl von Personen außer ihrer Hauptbeschäftigung zu einer Nebenbeschäftigung greifen müssen, um sich das zum Unterhalt nötige Einkommen zu verschaffen. Ganz allgemein trifft das für die Beamten und Angestellten zu, soweit letztere nicht in öffentlichen Unternehmungen bedienstet sind. Der Straßenbahnkassierer ist nicht auf eine Nebenbeschäftigung angewiesen, weil sein Lohn ausreicht und er, falls das nicht der Fall ist, durch Streik die Erhöhung erzwingt. Dasselbe ist bei fast allen Arbeitern der Fall. Anders ist es bei den sogenannten Privatangestellten und den meisten Staatsbeamten. Diese arbeiten heute in der Tat 16 Stunden. Es gibt also heute zwei Sorten von Arbeitern, die eine arbeitet zum Teil nur 8 Stunden, die andere dagegen in der Regel 16 Stunden.

Ganz wenig get., dunkelblauer
Anzug,

in Stoff (auch für großen Konfirmanden passend), preiswert zu ver. Technikum-Allee 290, I. r.

Ein neue, grüne
Wint-rjoppe

verkauft H. Fischer, Altendörger Straße Nr. 11 B.

Eine guterhaltene, 2 m lange
Hobelbank

kauft Tischlerei Hennecksdorf.

Mädchen,
welches Eltern die Schule verläßt, wird in die Landwirtschaft gel. Zu erf. in der Geschäftsstelle.

Ein
Symphonion
mit 25 Platten (Friedensfabrikat)
zwei Fenster

mit Rahmen zu verkaufen. Näh. in der Geschäftsstelle.

2 Stück Kalben

verkauft P. Hänsel, Gärtnerei Rabenau.

Herzinnigen Dank

für die vielen Beweise aufrichtiger Anteilnahme bei dem Heimgange unsrer lieben unvergesslichen Mutter, Frau Fleischermeister

Theresie verw. Hofmann,
geb. Liebel.

Ruhe sanft, Du edles Herz.

Dippoldiswalde u Dresden, den 26 Januar 1921

Die trauernden Hinterbliebenen.

Geflügel = Züchter = Verein Dippoldiswalde

hält
Freitag den 20. bis mit Sonntag
30. Januar seine
**Geflügel- und
Kaninchen-
Ausstellung.**

im Schützenhaussaale ab.
Niemand veräume diese sehr gut besichtigte Schau.
Günstigste Kaufgelegenheit von Hasen- und Kanarienvogel.
Um zahlreichen Zuspruch bittet das Ausstellungsamt.

Gasthof Niederfrauendorf

Sonnabend den 29. d. M.
**großes Konzert
und Ball**
der Dippoldiswalder
Stadt Kapelle.

Leitung: Musikdir. Jahn.
Anfang 1/8 Uhr. Eintritt 3,50 M. Vorverkaufskarten à 3 M.
sind im Konzertlokal zu haben.
Einem zahlreichen Besuch sehen freundlichst entgegen
Petrik und Jahn.

Gasthof Niederpöbel.

Nächsten Sonnabend den 29. 1. 21
**Großer öffentl. Musikerball und erstes
Stiftungsfest der Hauskapelle.**
Die Musik bietet von 1/8—1/9 Uhr Freitag und dann verbilligten
Lang.
Alle Freunde, Gönner und alle freien Musiker sind herzlichst
eingeladen.

Ein größerer
**Geldschrank,
eine Viehwage,
großer Spiegel,
eine Hausmangel**
haben zum Verkauf bei
Anton Glöckner, Dippoldiswalde.
Tel. 59.

Inventur- Ausverkauf

nur bis zum 6. Februar
sämtlicher Schuhwaren
aller Art
zu herabgesetzten Preisen.
Jederbenutze die Gelegenheit, sich billig einzudecken!

Karl Fischer, Schuh- geschäft

Dippoldiswalde, Herrngasse 100.

Zurverrein „Jahn“.
Freitag abend 9 Uhr
Knechtabend
in der „Hasenheide“.
Nege Beteiligung erhofft d. T.

5000 Mark
6%ige Hypothek auf Wärderei-
grundstück im Bezirk Dippoldis-
walde hinter 20000 M. zessions-
weise gesucht. Näheres durch
Bruno Schmidt,
Dresden - A, Zirkusstraße 26, I.

Lehrer
sucht zwei leere, stillgelegene
Zimmer für sofort oder später
zu mieten. Angebote unter
„M. D.“ an die Geschäftsstelle
erbeten.

**Täglich
Fleisch
und verschiedene
Wurst.**
Hofschlächterei S. Lieber.

Jugendring.
Freitag abend 8 Uhr „Stadt
Dresden“ Ausschuh-Situng.

Schirme
werden in eigener Werkstatt
achgemäß repariert und neu be-
jogen. Auswahl in Griffen,
Stößen und Stoffen.

Carl Reichel
Schirmspezialgeschäft,
am Markt 21.

Bruchkranke
können auch ohne Operation
u. Berufshilfe geheilt werden.
Nächste Sprechstunde in Dresden,
Bütchhausstraße 29, bei Paul,
am 1. Februar 1921 von 10—1 Uhr
Dr. med. Raab,
Spezialarzt für Bruchleiden.
Berlin W35, Potsdamerstr. 102.

Suche zum 1. oder 15. Febr.
ein fleißiges, zuverlässiges
Mädchen,
welches gut kochen kann. An-
gebote unter „M. B.“ in der
Geschäftsstelle niederzulegen.

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit
dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir
unsern lieben Kindern, Geschwistern, Verwandten,
Nachbarn und Bekannten unsern
herzlichsten Dank.
Seifen, den 19. Januar 1921.
Max Hofmann und Frau.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung so
zahlreich dargebrachten Glückwünsche und Geschenke
sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.
Groß-Delitz, den 25. Januar 1921.
Oskar Fahnauer und Frau Else,
geb. Noat.

**Wohltätigkeitsverein
„Sächsische Festschule“**
Zweigverein Dippoldiswalde.
Donnerstag den 3. Februar d. J. abends 8 Uhr
im Hotel „Stadt Dresden“

Jahreshaupt-Versammlung.
Tagesordnung: Jahresbericht, Kassenbericht, Wahlen, Ver-
schleiden. Anträge sind bis 31. Januar schriftlich beim Vorsitzenden
einzureichen.
Um zahlreichen Besuch bittet der Gesamtverband.
Arthur Reichel, Vorj.

Boranzzeige.
Gasthof Schmiedeberg.
Sonntag den 30. Januar
**Karpfen-
schmaus,**
verbunden mit
öffentlichem Ball.
Hierzu ladet freundlichst ein M. verw. Schent.

II. Sinfonie - Konzert

der verstärkten Stadtkapelle
(30 Musiker)
Mittwoch den 2. Februar abends 1/8 Uhr
im Saale des Schützenhauses.

Solistin: Konzert- und Oratorien Sängerin Fr.
Erna Stange-Dresden (Sopran).
Programm: Sinfonie H-moll (unvollendet) v. Fr. Schubert. Arle
a. d. Op. „Das Nachtlager“ v. Kreutzer. Ouvertüre „Nachtlager
von Orlan“ v. Gade. Lieder am Klavier. Czardas a. „Der Geist
des Wajewoden“ v. Großmann.

Karten im Vorverkauf bei Herrn Feiler Rothe 1. Pl. (numeriert)
6 M., 2. Pl. 4 M., Galerie 2 M.

Dem Konzert folgt feiner Ball.

Durch Ueberzeugung werden Sie
finden, dass mein erster

Inventur- Ausverkauf

Ihnen ganz besondere Vorteile bietet,
da ich

große Bestände

aus allen Abteilungen meines Lagers

ganz bedeutend
herabgesetzt habe.

An Händler und Hausierer werden
[Ausverkaufswaren]
nicht abgegeben.

**Modehaus
Carl Marschner**
Dippoldiswalde.